

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 26

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Das zweite Jahrhundert beginnt

-an- Eigentlich beginnt es erst am 12. September, dem Tage, an welchem vor hundert Jahren die Verfassung in Kraft erklärt wurde. Wir haben jedoch gefeiert, und am nächsten Sonntag wird der grosse Umzug nochmals bejubelt werden. Und dann beginnt wieder der Alltag, der auch im neuen Jahrhundert Regel sein und die Feststimmungen oft genug vermissen lassen wird. In den Reden, die das Volk anhörte, in allen Landessprachen, ist das Werk von anno 48 gewürdigt, sind die Segnungen der neuen Ordnung dankbar anerkannt worden, sind auch die so sehr verschiedenen Standpunkte der historischen Parteien zu Gehör gebracht worden. Wir hörten den zugerischen *Ständerat Alphons Iten* die Wichtigkeit der kantonalen Selbständigkeit betonen, hörten, wie er der Bundesgewalt eigentlich nur dann das Recht zusprach, die kantonale Souveränität zu beschneiden, wenn es gar nicht anders gehe. Wir hörten von ihm aber auch, wie glücklich die im Sonderbundskrieg Unterlegenen waren, als sie erkannten, dass die Bundesverfassung ihrer Eigenleben voll sicherte. Wir hörten von unserm *Stadtpräsidenten*, wie Bern damals seine Wahl «ewiger Vorort» als eine Ehrung auffasste, und wie es danach trachtete, nicht «Hauptstadt», sondern «Bundesstadt» und dadurch am Ende zurückgesetzter neutraler Treffpunkt der andern zu sein trachte, sondern eben «Bern» mit all seinen Eigenheiten. Wir hörten auch *Bundespräsidenten*, Herrn Celio, der uns einen Abriss der abgewehrten Gefahren eines Jahrhunderts gab und vor der neusten, der Diktatur, warnte, im Glauben, dass wir sie mit gleicher Entschlossenheit überwinden werden. Und schliesslich erinnerte uns Herr *Nationalratspräsident Picot*, dass wir mehr als jedem andern Manne dem *General Dufour* zu danken haben, der nach dem Tage von Gislikon die kapitulierenden Sonderbündler heim zu ihren Familien schickte, damit den Geist der Versöhnung beschwörend, der alsdann in der Verfassung so sinnfälligen Ausdruck gefunden.

Und nun fängt das zweite Jahrhundert an. Vielleicht hätte die Feier neben dem dankbaren Rückblick einwenig mehr Ausblicke bieten dürfen. Aber das wäre ein Blick auf allerlei prosaische Angelegenheiten gewesen und hätte geradewegs auf die *Bundesfinanzreform* geführt, die bekanntlich beim *Ständerat* als Ganzes Gnade gefunden, jedoch nicht, was die «direkte Bundessteuer» in Form der «Tilgungssteuer» angeht. Man kann sich fragen, ob die Souveränität der Kantone, die Bewahrung ihrer Eigenart in erster Linie von der Bewahrung des bisherigen Usus, direkte Steuern nur von den Kantonen erheben zu lassen, abhänge, oder ob man den Blick am Ende auf allerlei anderes richten müsste. Auf das Zurückgehen des Mittelstandes z. B., auf den Steuerdruck, der gerade auf ihn nicht die not-

wendige Rücksicht nimmt, und der mit dem Mittelstand auch die Eigenart der Kantone trifft, ob diese Steuern nun kantonal oder eidgenössisch erhoben werden!

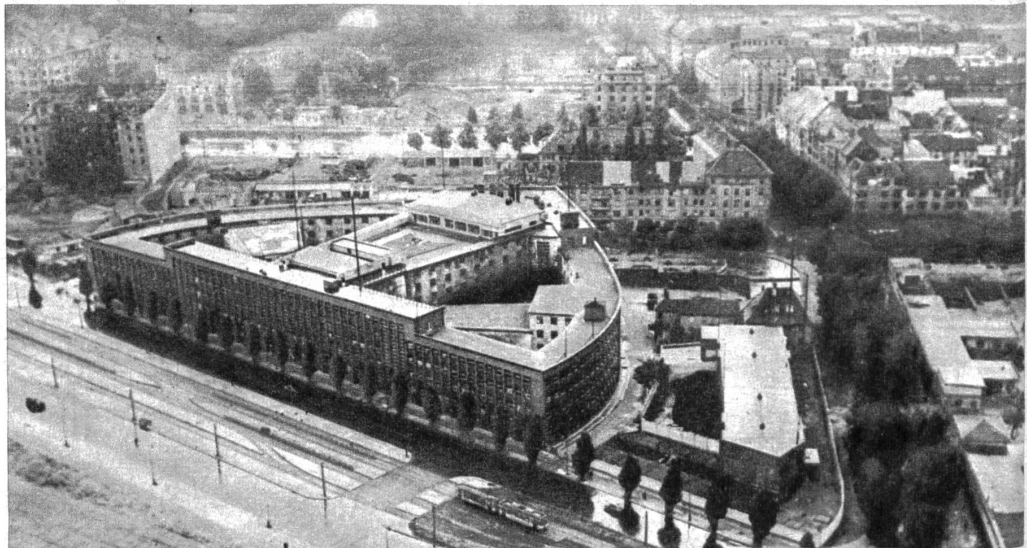
Entscheidungskampf um Deutschland

Der am vergangenen Sonntag begonnene Sanierungskampf in der Wirtschaft, bezeichnet durch die *Währungsreform in der Tri-Zone*, hat auch den *politischen Entscheidungskampf* ausgelöst, und die nächsten Wochen werden wohl gekennzeichnet sein durch bedeutsame Ereignisse aller Art. Eines davon hat sich schon abgespielt: Die *Absperrung aller Landwege zwischen Berlin und «West-Elbien»*. Das heisst: Vollständig ist diese Absperrung auch heute noch nicht. Wo die Russen einen Vorteil finden, nützen sie ihn auch aus. Vorteilhaft bleibt für sie nach wie vor die Nahrungsmittel-Einfuhr aus dem Westen. Da sie nicht schuld werden wollen am Hungertode der Berliner, können sie auch nicht gut anders handeln. Vorteilhaft finden sie es auch, möglichst viele Berliner, die Autos besitzen und mithin zur «besitzenden Klasse» gehören, nach dem Westen ausreisen zu lassen und ihnen einfach die Wiedereinreise zu verweigern. Vorderhand sollen 3000 Personen auf diese Weise im Hannoverschen «gestrandet» sein. Aber alle, die sich jetzt, während des Währungsumschwungs, dorthin begeben, stranden ebenfalls.

Engländer, Amerikaner und Franzosen stellen für ihre militärischen und zivilen Angehörigen Flugzeuge in genügender Zahl zur Verfügung. Mit einigen dieser Apparate sollen 6 Tonne neuen Geldes auf einem der westlich kontrollierten Flugplätze Berlins gelandet sein. Damit fängt das Rätsel der Pläne, welche die USA und England in ihren

Berliner Sektoren vorhaben, an. Wollen sie die Firmen, die bisher für die Westzone gearbeitet und dorthin geliefert haben, mit den nötigen Zahlungsmitteln ausrüsten, damit sie Gegenlieferungen begleichen und damit die Verbindung aufrecht erhalten können? Alle eingetroffenen Nachrichten besagen, dass die Russen versuchen, diese nach den Westzonen orientierten Geschäfte zu zwingen, russische Aufträge entgegenzunehmen und auszuführen. Damit wäre erst die Gesamtorientierung Berlins nach Osten erreicht. Da aber die Berliner Westsektoren ihre Industrien mit Hilfe von Ruhrkohle in Gang hielten, blieben diese Kohlen bisher willkommen und wurden nicht abgebremszt. Jenachdem die Russen künftig auch diese Kohle aussperren, wird geschlossen werden, ob sie entschlossen seien, das gesamte «Westgeschäft» Berlins zu vernichten. Stimmen die Produktionszahlen der oberschlesischen und südwestpolnischen Kohlenminen, könnte von dort her ein genügender Ersatz an Brennstoffen kommen, und die Umorientierung wäre durchzuführen.

Was die Westmächte gegen diesen massiven Eingriff in die berlinische Wirtschaft vorkehren werden, ist nicht vorauszusagen. Angeblich beobachtet man in den Aemtern der Besatzungsregierungen alle Schritte der Russen, hat aber bisher keine Handhabe für Gegenmassnahmen gefunden, vor allem nicht, weil von seiten der Russen keine Mitteilung erfolgt war, dass die Grenze gesperrt würde. Man muss im übrigen den angelsächsischen Gleichmut bewundern, mit welchem die russischen Vorkehrungen beobachtet werden. Die alliierten Kommandanten finden dies und das ganz natürlich und stellen seelenruhig fest, sie würden auch



«Eroberungskrieg» in Berlin

Die Russen räumen das Radiogebäude von Berlin nicht

Wäre die «hohe Politik» nicht eine ernste Angelegenheit, bei der das Schicksal von Millionen von Menschen bestimmt wird, so könnte man das Spiel der Alliierten in Berlin mit «spielende Kleinkinder» betiteln.

nicht anders gehandelt haben, falls die Ostzone mit einer separaten Währungsreform vorangegangen wäre. Das heisst: Die Elb-grenze wäre auch gesperrt worden, um die Schwarzhändler an der Einreise und an der Ueberflutung mit werlos gewordenen Reichsmarknoten, die im Westen noch Gültigkeit hätten, zu hindern. Vielleicht ist auch dieses Zurückbinden der Schwarzhändler aus dem Westen der wichtigste Grund für die russische Verkehrsdrosselung. Und am Ende ist es ratsamer, abzuwarten, bis die Russen ihre Währungsreform, die im Kommen sein soll, durchführen. Erst dann wird sich zeigen, ob sie die Sperrung des Verkehrs zu einer dauernden Abschliessung Berlins ausgestalten wollen.

Der Währung für die Ostzone sehen die Deutschen mit noch mehr Betrübnis entgegen als dem Kampf um Berlin. Man sieht voraus, dass die Existenz einer «Westwährung», genannt «Deutschmark», neben einer «Ostwährung» mit vorläufig noch unbekanntem Titel, die deutsche Wirtschaftseinheit zerstören und die Grundlagen für eine politische Vereinigung der getrennten Teile endgültig aus der Welt schaffen werde. Von seiten der Kommunisten und der SED wird den Westmächten die alleinige Schuld an dieser Zerreissung des Reiches zugeschoben. Sie berufen sich auf die letzten Aeusserungen des Sowjet-Kommandanten Sokolowsky, der sein Einverständnis für die gesamtdeutsche

Währungsreform noch in letzter Stunde gegeben. Die Westmächte und mit ihnen alle Parteien, welche zu ihnen halten, erklären jedoch, dass diese Aeusserungen Sokolowskys nicht als die Endphase in der ganzen Geschichte der

russischen Sabotage

aller Bemühungen um eine neue Währung wären. In Tat und Wahrheit habe der General mit seinen Einwänden und Aufforderungen nichts weiter bezweckt, als die Alliierten zu neuen Verhandlungen zu veranlassen, die sich ins Uferlose erstreckt haben würden, ohne dass man je zu einer neuen Währung gelangt wäre. Und warum? Die Zertrümmerungen der kapitalistischen Wirtschaft in allen vier Zonen des Reiches konnte nur weitergehen, wenn die Währung zerrüttet blieb, wenn der «freie Handel» als Schwarzhandel diffamiert, wenn die Schwarzhändler im Bewusstsein des Volkes als Verbrecher an der allgemeinen Wohlfahrt degradiert wurden. Eine neue Währung diene den russischen Zwecken gar nicht.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Welchen Zweck könnte denn eine neue Währung in der Ostzone erfüllen, wenn sie nicht den in der Westzone gestellten verfolgen soll? Die unter russischer Aedige in Rumänien und Ungarn durchgeführten Währungssanierungen lassen erkennen, was man im Kreml für politische und soziale Hoffnungen auf solche Massnahmen setzt. Und sollte man aus diesen Beispielen nicht genügend ersehen, wohin die Absichten gehen, dann ziehe man die frühesten Kapitel der russischen Revolution zur bessern Anschaulichkeit bei. Damals wurden private Unternehmer, vor allem Ausländer, herangezogen, um die totliegende Wirtschaft neu zu beleben. Man erteilte ihnen befristete Konzessionen, um nach Ablauf der Frist die in Gang gebrachten Betriebe unter Staatskontrolle zu stellen. Es kam auch vor, dass man Unternehmer auf Zusehen hin schalten liess, um sie unerwartet zu enteignen. Diese groben Methoden wurden nun in den Südoststaaten durch feinere ersetzt. Die neuen Währungen dienten vor allem der Enteignung missliebiger Unternehmerkreise auf kaltem Wege. Abgesehen davon, dass Lei und Forint in neuer Form den Arbeitern Gleichheit in der Kaufkraft mit den «Bürgerlichen» brachten, verloren diese «Bürgerlichen» und «Fascisten», «Schwarzhändler» und «Gegenrevolutionäre», wie man sie nannte, ihre Bankguthaben, die zu sehr hohen Prozentsätzen annulliert wurden.

Mit fast unfehlbarer Sicherheit wird darum die Sowjet-Währungsreform einen Schritt weiter in der Enteignung der Reste deutschen Bürgertums, und einen entsprechenden Schritt in der Bevorzugung des Staatsbesitzes bringen, vor allem des russischen Staatsbesitzes. Es wird im Einzelnen untersucht werden müssen, welche alten Markbeträge diese zu privilegierenden öffentlichen Unternehmungen umzutauschen haben, und welche Konten sie im Moment der Abwertung besitzen. Wunderbare Manöver sind denkbar.

Die Reform im Westen

läuft ja auch in eine «Depossidierung» der Besitzer von aufgestapelten Reichsmarknoten hinaus. Und auch hier kommen dieje-

nigen, die nur Schulden besitzen, am besten weg, wogegen die Bauern, die ja gar nicht mehr zu den amtlich festgesetzten Preisen in entwerteter Mark liefern konnten, nun auf ihren Papierbündeln sitzen und «bestraft» werden für ihre Lieferungen an den «freien Handel». Es ist eine Tragödie für alle, die glaubten, auf diese Weise soviel einnehmen zu können, wie sie zur Bezahlung der Steuern und zum Erstheden brauchbarer Waren auf dem gleichen freien Markt haben mussten.

Der Sinn der Reform im Westen ist derselbe wie im Osten, soweit es die Entlohnung der Lohnarbeiter, der Angestellten und Beamten angeht. Und auch, soweit es die Vernichtung der «Schwarzhandelskapitalien» betrifft. Ob die Engländer, welchen man eine «kalte Sozialisierung» grosser deutscher Besitztümer in Form von «Treuhändertests» nachredet, versuchen werden, diese Trustbetriebe zu bevorzugen, steht dahin. Sicher ist jedoch, dass die Amerikaner Industrie- und Handelskapital durch die neue Währung nicht an die Wand drücken und auch die Bauernbetriebe nicht bankrott machen wollen.

Noch weiss man praktisch wenig von den einsetzenden Massnahmen des Besatzungsregimes. Am Stichtag des Währungswechsels bekam man pro Familienmitglied für 60 alte 40 neue Mark. Doch betrifft das nur diese einzige Summe. Jeder darübergehende Betrag wird der gleichen Entwertung ausgesetzt sein wie die Bankkonten. Der erwartete Bruchteil, den man erhält, beläuft sich auf einen Zehntel der Summe, die man... in Form von Noten oder notierten Bankguthaben... besitzt. Hat man Aktien, so verliert man nichts. Ist man Sachwertbesitzer, büsst man auch nichts ein. Kein Wunder, dass in den Tagen vor dem 20. Juni jedermann seine Noten loswerden wollte.

Wohl das Wichtigste, was festgelegt wurde, ist dies: Die Preise bleiben auf der gleichen, amtlich festgesetzten Höhe. Da nun in Zukunft keine Schwarzhändler mehr mit einer Sintflut von überschüssigen Noten über das Land fahren können, die «Deutschmark» jedoch als «gutes Geld» gilt, werden, so hofft man, die Lieferanten landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse endlich auch jene Käufer beliefern, welche die vorgeschriebenen Normalpreise bezahlen.

Wir halten den deutschen Pessimismus, das Jammern über die nun in Erscheinung tretende, schon bisher vorhandene Verarmung, die Voraussicht, nichts verdienen zu können, das ganze Gerede über die von der Reichsmarkentwertung verursachte Vernichtung der Vermögen für sehr stark übertrieben. Als seinerzeit die Rentenmark eingeführt wurde, sang man ein ganz ähnliches Lied, und behauptete, das Volksvermögen sei auf ein Viertel von ehemals gesunken. Bis sich nach etwas mehr als sechs Monaten die Wahrheit zeigte: Ein Ansteigen des Einkommens auf drei Viertel des Weltniveaus. Und da jedes Vermögen seine wirkliche Basis im Einkommen der grossen Masse hat, wird sich das deutsche Volksvermögen ebenso rasch restaurieren, wie die Löhne des grossen Haufens... als Reallöhne... wiederhergestellt werden.



Gefallene Araber im Massengrab

Noch sind die vor dem Waffenstillstand gefallenen Kämpfer nicht begraben und schon erklären beide Seiten, den Kampf nach dem Waffenstillstand zu erneuern, falls diese oder jene Bedingungen nicht erfüllt würden. Die Juden erklärten dabei zudem, die Räumung von Haifa durch die Engländer, die noch in diesem Monat erfolgen wird, könne einen Grossangriff, besonders auf dieses Gebiet nach sich ziehen. Es ist sehr fraglich, ob bei einem derartigen Misstrauen auf beiden Seiten jemals eine friedliche Einigung zwischen den streitenden Parteien erzielt werden kann (ATP)